

Betrifft: Shoppingcenter Murpark Graz-Liebenau
Erstellung und Umsetzung eines Verkehrskonzeptes

GEMEINSAMER ANTRAG
von SPÖ, ÖVP, KPÖ und FPÖ
an den Gemeinderat
eingbracht von Herrn Gemeinderat DI Dr. Günter Getzinger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Juni 2004

Bezugnehmend auf die Diskussion und Antragstellung im Bezirksrat Liebenau am 16. Juni 2004 über Verkehrsprobleme im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb eines Shoppingcenters Murpark Graz-Liebenau stelle ich namens SPÖ, ÖVP, KPÖ und FPÖ folgenden Antrag:

1. Das Projekt des „langen 4ers“ ist rechtlich unter Dach und Fach. Es wird die Sicherstellung der Finanzierung und ein baldiger Baubeginn – in Kombination mit dem Park & Ride-Projekt - gefordert.
2. Ein zentrales Verkehrsprojekt für den Grazer Süden, ja für die Stadt Graz ist der 3. Südgürtel. Auch für dieses Projekt wird dringend die Sicherstellung der Finanzierung durch Land und Bund und die rasche Realisierung gefordert.
3. Von großer Bedeutung ist die Verhinderung einer Mehrbelastung, ja eine Verringerung der derzeitigen Verkehrsbelastung in den umliegenden Wohngebieten.

Dazu im Detail:

- Um das geplante EKZ befinden sich nur „Wege“ als Hauptverkehrszufahrt, so der Sternäckerweg und der Neufeldweg.
- Beide Straßen entsprechen der Bezeichnung „Weg“ und sind zu schmal.
- Beide Straßen sind für Fußgänger und Schulkinder nicht verkehrssicher ausgebaut.
- Es fehlen durchgehende Gehsteige und Inseln für die Buslinie 64.
- Die Verkehrsflächen sind nicht breit genug, um ein Verkehrsaufkommen in Weihnachtszeiten oder zu anderen Haupteinkaufszeiten aufnehmen zu können.
- Die Kunden der nördlichen Nachbarbezirke können nur über die bereits stark belastete Petrifelderstraße zufahren (oder über Schleichwege im Wohngebiet).
- Die Bewohner der Bezirke Liebenau, St. Peter, Waltendorf auch Jakomini werden kaum über die geplante Zufahrt von der Autobahn in das EKZ zufahren, sondern über die vorhandenen Straßen, so dass eine sehr starke Erhöhung des Individualverkehrs zu erwarten ist.

- Das Umfeld des künftigen EKZ ist zu einem großen Teil reines Wohngebiet, dessen BewohnerInnen durch Zukunftsplanungen und bereits bestehenden Belastungen sehr starke Einbussen an Lebensqualität hinnehmen müssen.
 - * Die an der gleichen Autobahn gelegenen, geplanten Tankstelle über den Häusern „Auf der Heide“.
 - * Die Auffahrt und Verlängerung der Styriastraße.
 - * Die vorhandene und veraltete Ostbahnstrecke.
 - * Die Lärmbelästigung der nahen „Arche Noah“ und vieles mehr.

Ich stelle daher namens der SPÖ-, ÖVP-, KPÖ- und FPÖ-Fraktionen den

Antrag

und fordere die Erstellung und Umsetzung eines umfassenden Verkehrskonzeptes im Umfeld des Shoppingcenters Murpark Graz-Liebenau bis zu dessen Eröffnung.

**GEMEINSAMER ANTRAG
VON SPÖ, ÖVP, GRÜNEN UND FPÖ
an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn GR Alexander Perissutti
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Juni 2004**

Aufgrund der bewusst herbei geführten massiven Verunsicherung der Grazer Bevölkerung im Bereich der Wohnungspolitik ist es notwendig, Zukunftsstrategien und Lösungsvorschläge für eine kommunale Wohnungspolitik seitens der Stadt Graz zu entwickeln. Die derzeitig vom zuständigen Stadtrat Kaltenegger praktizierte Wohnungspolitik in Graz muss mehr sein, als Wohnungen zu vergeben und Delogierungen durchzuführen. Ein Gesamtkonzept für den Bereich kommunale Wohnungspolitik muss Ziel einer bürgerInnenorientierten Politik sein. Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-, ÖVP-, Grünen und FPÖ-Fraktionen den

gemeinsamen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge die zuständigen Magistratsdienststellen beauftragen, einen Bericht über mögliche Formen der städtischen Gemeindewohnungsverwaltung unter Berücksichtigung der bestehenden Rechte der Mieterinnen und Mieter zu erstellen. Ziel ist es, die kommunalen Aufgaben preiswerter Wohnungsversorgung nach sozialen Gesichtspunkten der städtischen Bevölkerung möglich zu machen, um in Krisen- und Notfällen der Grazer Bevölkerung adäquate Wohnmöglichkeiten zu garantieren.

Folgende Ziele sollen im Mittelpunkt eines solchen Berichtes stehen:

- Analyse der Grazer Wohnhausverwaltung hinsichtlich der Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken;
- Vergleich mit anderen Modellen in Österreich;
- Herausarbeiten von Optionen und Konsequenzen aus den Modellen und Lösungsansätzen für die städtische Wohnhausverwaltung in der Stadt Graz.

Schwerpunkte bilden dabei die Strukturen, zentrale Prozesse (Wohnungsvergabe, Instandhaltung, Mieterbetreuung, Mietenverrechnung) sowie die Wirtschaftlichkeit und Finanzierung der städtischen Wohnhäuser.

Jedenfalls ist in dieser Studie zu berücksichtigen, dass im Verhältnis zur jetzigen Praxis höhere Mieten bei Neuvermietungen, Leistungseinschränkungen sowie eine Schlechterstellung für Mieterinnen und Mieter und Wohnungssuchende gegenüber der bestehenden Situation nicht in Frage kommen.

Für allfällig durch die Finanzdirektion extern zu erstellende Studien ist die Voranschlagstelle Nr. 1.90000.728200 heranzuziehen.

GR. Kurt HOHENSINNER

17.06.2004

A N T R A G

Betr.: Rundfunkgebühren für gehörlose bzw. blinde Menschen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bis vor kurzem waren behinderte Menschen generell von der Rundfunkgebühr befreit. Im Juli 2003 wurde im Budgetbegleitgesetz eine neue Regelung beschlossen.

Die neue Verordnung macht die Gebührenbefreiung vom Familiengesamteinkommen abhängig. Einzige Ausnahmen sind Gehörlosen- und Blindenheime.

Das Gesetz verhindert, dass Familien missbräuchlich auf „Kosten“ ihres behinderten Kindes gratis ORF empfangen. Es ist auch gerecht, dass nun beispielsweise ein Dipl. Ing. im Rollstuhl zur Kassa gebeten wird.

Leider diskriminiert die Verordnung aber auch gehörlose und blinde Menschen, die es geschafft haben, sich voll in die Gesellschaft zu integrieren. Diese Gruppe kann vom ORF Angebot maximal 15 Prozent konsumieren, muss aber ab einem gewissen Einkommen die volle Gebühr entrichten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g,

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die Stadt Graz soll mit folgendem Anliegen an den Bundesgesetzgeber herantreten:

Der ORF wird aufgefordert, das vollintegrative Fernsehen auf mindestens 50 Prozent zu steigern. Bis diese Entwicklung vollzogen ist, werden auch selbstständige, gut verdienende blinde bzw. gehörlose Menschen von der Rundfunkgebühr befreit, da sie momentan nur maximal 15 Prozent des Angebotes konsumieren können.

GR. Univ. Prof. Dr. Heinz Hammer

17.06.2004

A N T R A G

Betr.: Unterstützung der Bevölkerung auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge

Rauchen ist, laut einer Studie des World Health Report der WHO aus dem Jahr 2002, weltweit die wichtigste Todesursache – im Vergleich dazu liegt die städtische Aussenluftbelastung auf Rang 13. Auch die Folgen des Übergewichtes liegen nach dieser WHO Studie in ihrer gesundheitlichen Bedeutung noch deutlich vor der Luftbelastung.

Die Grazerinnen und Grazer sind sich der Bedeutung dieser Risikofaktoren durchaus bewusst. So wollen nach den Ergebnissen einer österreichweiten Umfrage aus dem Jahr 2001 mehr als die Hälfte der 80000 Grazerinnen und Grazer die rauchen entweder ganz aufhören oder den Tabakkonsum zumindest reduzieren.

Auch die Reduktion des Übergewichtes wird von vielen Menschen, zum Teil aus gesundheitlichen Gründen, mit mehr oder weniger großem Erfolg, und zum Teil nicht unerheblichen finanziellen Aufwand durch Diäten, angestrebt.

Die meisten Menschen benötigen für die Umsetzung ihrer Gesundheitsvorsorge-Ziele professionelle Unterstützung und Begleitung. Diese Hilfe steht allerdings im Leistungsspektrum der Sozialversicherungen nicht, oder nur ungenügend, zur Verfügung. Umso wichtiger ist es, dass Vereine, Organisationen und Ämter, wie zum Beispiel die Beratungseinrichtungen des Gesundheitsamtes oder des Landes Steiermark, die Suchtberatung Vivid oder die Krebshilfe, Hilfestellung in diesen Fragen anbieten. Dieses Potential wird allerdings von der Bevölkerung kaum genutzt, da kaum jemand diese Beratungsstellen kennt!

Die Stadt Graz bekannte sich anlässlich der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ am 16. 9. 1992 zur Gesundheitsförderung. Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen, dass das Gesundheitsamt:

1. In der Grazer Bevölkerung den Bedarf an Beratung und praktischer Hilfestellung bei den wichtigsten Vorsorgethemen, nämlich Nikotinabhängigkeit und Übergewicht erhebt
2. Das gegenwärtige zur Verfügung stehende Leistungsangebot erhebt und koordiniert
3. Einen Plan für die zukünftige Schwerpunktsetzung auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge erarbeitet
4. die Grazer Bevölkerung über die Beratungseinrichtungen informiert.

GR. Sissi POTZINGER

17.06.2004

A N T R A G

Betr.: Sozialgestaffelte Elternbeiträge bei Tagesmüttern

Ca. 500 unter dreijährige Kleinkinder und Volksschulkinder werden derzeit in Graz von Tagesmüttern betreut. Viele Eltern beklagen, dass es bei Tagesmüttern keine Tarifiermäßigungen gibt. Nach den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit bieten Tagesmütter von der Gesamtkalkulation her, die bei weitem günstigste familienergänzende Betreuung an, doch die Kosten für die Eltern sind weit aus höher als in Kinderkrippen und Horten, da es keine soziale Abfederung der Elterntarife gibt. Dringend benötigte Nachmittagsbetreuungsplätze für Volksschulkinder könnten Tagesmütter in Graz bereits ab Herbst 2004 zusätzlich zur Verfügung stellen, wenn durch eine Sozialstaffel die finanzielle Barriere für Familien mit geringem Einkommen wegfällt.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

das zuständige Amt möge unverzüglich die Ermöglichung sozialgestaffelter Elternbeiträge bei Tagesmüttern prüfen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 17. Juni 2004

Gemeinderat : Martin Khull-Kholwald

Gemeinsamer Antrag von SPÖ und KPÖ

Betreff: LKW Tankstelle Alte Poststraße

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Alten Poststrasse befindet sich südlich der Kreuzung mit der Plachelhofstrasse eine LKW – Tankstelle. Die Betriebszeiten dieser Tankstelle, die übrigens früher nur der Versorgung mit Heizöl diente, wurden von 05.00 Uhr bis 22.00 Uhr festgelegt.

Die Tankstelle grenzt an ein Wohngebiet. Gerade zu Beginn der Tankzeiten, also um 05.00 Uhr morgens, bildet sich täglich ein Stau, da LKWs, die die Stadt in Richtung Autobahn verlassen, noch rasch hier ihren Tank füllen. Lärmbelästigungen der AnrainerInnen und unnötige Umweltbelastungen durch das Laufenlassen der LKW – Motoren (während des Wartens) sind die Folge.

Der Bezirksrat von Puntigam hat bereits 2 mal einstimmig einen Antrag beschlossen, um diese Situation zu bereinigen.

Ich stelle daher namens der SPÖ – und der KPÖ – Fraktion den

Antrag:

Aufgrund der unnötigen Belästigungen der AnrainerInnen treten die zuständigen Stellen der Landeshauptstadt Graz an das Land Steiermark heran, um eine Neufestsetzung der Tankzeiten, der in der Alten Poststrasse südlich der Plachelhofkreuzung angesiedelten Tankstelle, mit einer Beginnzeit um 06.30 Uhr und einem Ende der Tankzeit um 20.00 Uhr zu erwirken.

**Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der GR-Sitzung vom 17. Juni 2004
von GR Mag. Hermann Candussi**

Betrifft: Ankauf von fair gehandelten Bällen für Schulen und Vereine

„Der König Fußball ist unser Leben, der König Fußball regiert die Welt.“ Das Zeitalter der Eier- oder Fetzenlaberl, Wuchtl'n und Blunzn (aus der Zeit als aufgeblasene Schweineblasen mit Lederfetzen umwickelt wurden) ist allerdings längst passé. Heutzutage werden Fußbälle aus synthetischen Stoffen erzeugt...“ (Der Standard vom 7.5.2002)

Das allein wäre ja nichts Bedenkliches, womit man den hohen Gemeinderat befassen müsste. Was ich Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen aber nicht zuletzt anlässlich der eben laufenden Fußball-EM ins Bewußtsein rufen möchte, sind die Bedingungen, unter denen etwa 80% aller weltweit gehandelten Fußbälle produziert werden, und das sind etwa 100% jener Bälle, die unter den großen bekannten Marken wie adidas, nike, puma, etc. verkauft werden. Das Herkunftsland dieser Bälle ist Pakistan, wohin die großen global player der Sportartikelhersteller ihre Produktionen neudeutsch „outgesourct“ haben.

Ein Blick auf die Altersstruktur der FußballnäherInnen verdeutlicht eine Seite der Problematik, die Entlohnungstarife die andere Seite: mehr als ein Drittel der ArbeiterInnen rekrutiert sich aus der Altersgruppe der unter 10 bis 14-Jährigen, die Entlohnung für einen Ball betrug 1996 0,56 Euro.

Während die Großkonzerne an Konzepten zur Gewinnmaximierung tüfteln, versuchen alternative Organisationen eine Verbesserung der Arbeitssituation in Pakistan zu erreichen. Unter dem Motto „Faire Bälle aus Sialkot“ garantieren derartige Unternehmen einen 25% höheren Exportpreis pro Ball, und durch die Ausschaltung von Zwischenhändlern deutlich höhere Löhne, die ab zwei Näherinnen für eine Familie Existenz-sichernd sind. Auch die europaweit von 150 Organisationen unterstützte „clean clothes campaign“ hat sich der Thematik angenommen. Hauptpunkte sind die Schaffung von Sozialstandards, Verhaltenskodizes für die Konzerne.

Auch in Graz besteht die Möglichkeit, „faire Bälle“, also zu fairen Bedingungen produzierte und gehandelte Bälle zu kaufen, die sowohl im Preis, als auch in der Qualität mit den üblichen Markenbällen konkurrieren können.

Aus diesem Grund stelle ich daher heute namens des Gemeinderatsklubs der Grazer Grünen den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz, insbesondere das Schulamt und das Sportamt, werden beauftragt, innerhalb ihrer Zuständigkeit beim Ankauf von Bällen auf das Angebot an fair produzierten und fair gehandelten Produkten zurückzugreifen, bzw. den in Graz angesiedelten Vereinen und Schulen den Ankauf von ebensolchen Produkten nahe zu legen.

**Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der GR-Sitzung vom 17. Juni 2004
von GR Mag. Hermann Candussi**

Betrifft: Durchgang vom Karmeliterplatz zum Stadtpark

Wie der gestern dem Ausschuss für Stadt-Verkehrs- und Grünraumplanung vorgelegte Informationsbericht zur Gestaltung des Karmeliterplatzes bestätigte, wird die Oberflächengestaltung des Karmeliterplatzes in einer äußerst abgespeckten Variante zur Ausführung gelangen. Von ursprünglich rund 6 Millionen Euro Budget sind nun gerade noch 1,1 Millionen zuzüglich Umsatzsteuer übrig geblieben, was sich nicht nur auf die Qualität der Ausführung auswirken muss, sondern was vor allem die gestaltbare Fläche drastisch einschränkt.

War man ursprünglich davon ausgegangen, dass der gesamte Bereich des Karmeliterplatzes und der Paulustorgasse von der Sauraugasse bis in den Pfauengarten im Sinne einer ansprechenden städtebaulichen Lösung neu gestaltet werden sollte, bleibt nun tatsächlich nur der eigentliche Karmeliterplatz zwischen der Sporgasse und der Hartiggasse übrig. Was jedoch besonders überrascht hat, war die Tatsache, dass auch nach der Fertigstellung der Platzoberfläche (angekündigt für November 2004) der Durchgang durch den Pfauengarten zum Stadtpark nicht einmal provisorisch möglich sein wird.

Dies wird insbesondere deshalb als besonderes Manko auffallen, da der bisher häufig genutzte Durchgang vom Stadtpark zur oberen Sporgasse durch die Sauraugasse nun durch die Zufahrt zur Tiefgarage an Attraktivität für FußgängerInnen weiter verliert.

Es soll aber ebenso nicht unerwähnt bleiben, dass die Öffnung der Achse Schlossberg-Karmeliterplatz-Pfauengarten-Stadtpark auch ein nicht unwesentliches Versprechen an die AnrainerInnen des Karmeliterplatzes war, als seitens der Stadt Graz um die Akzeptanz der umstrittenen Garage gerungen wurde.

Nicht zuletzt stellt diese Verbindung städtebaulich einen großen Gewinn für den Bereich der Grazer Stadtkrone dar, weshalb diese auch unverzüglich zu öffnen ist.

Aus diesem Grunde stelle ich daher namens des Gemeinderatsklubs der Grazer Grünen und aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen heute den folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, unverzüglich mit den Vorarbeiten zu einem Gestaltungswettbewerb für die Fußweg-Verbindung zwischen Karmeliterplatz und Stadtpark zu beginnen, um eine Beantragung der für das Wettbewerbsverfahren und für die bauliche Umsetzung nötigen Budgetmittel für das Jahr 2005 zu gewährleisten. Das Planungsgebiet für diesen Wettbewerb sollte auch die Option der Verbindungen zu den Burghöfen und zum Burggarten beinhalten.

Darüber hinaus soll geprüft werden, mit welchem Aufwand eine provisorische Öffnung des Durchgangs gleichzeitig mit der Fertigstellung des Karmeliterplatzes im November 2004 möglich ist. Über das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Ausschuss für Stadt-Verkehrs- und Grünraumplanung möglichst noch vor der Sommerpause, spätestens jedoch bis September 2004 zu berichten.